



---

# Interpellation „Problemzone Bahnhofareal“

Hubert Füllemann (FDP) reichte am 5. Juli 2006 mit 25 Mitunterzeichnenden die Interpellation „Problemzone Bahnhofareal“ ein (siehe Beilage). Das Präsidium hat diese auf Antrag hin als dringlich erklärt. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

## Allgemeines

Aus einigen Untersuchungen kann abgeleitet werden, dass Jugendgewalt und –Kriminalität zwar in der Wahrnehmung der Bevölkerung zugenommen haben, sich dieses verschlechterte Sicherheitsgefühl jedoch nicht immer auf entsprechende Fakten zurückführen lässt. In ganz Gossau kam es im laufenden Jahr bisher zu rund 20 Meldungen bezüglich Körperverletzungen, Tötlichkeiten, Drohungen, sexueller Belästigungen, Schlägereien, Lärmbelästigungen oder betrunkenen Personen. Effektive Anzeigen von Geschädigten gab es schliesslich in etwa der Hälfte der Fälle. Im Vergleich mit Städten oder auch mit grösseren Ortschaften in der Ostschweiz ist die Situation in Gossau erfreulich ruhig. Das Bahnhofareal ist ein wichtiges kulturelles Angebot in der Stadt Gossau. Viele junge Erwachsene fühlen sich dort wohl, verbringen die Freizeit in den Lokalitäten und verhalten sich völlig unauffällig. Ausnahmen gilt es anzugehen und sinnvoll zu lösen.

## Frage 1

Was unternimmt der Stadtrat gegen diese Missstände?

## Antwort des Stadtrates

In Gossau gibt es einige Örtlichkeiten, die als belebte Zone im Sinne der Interpellation genannt werden können. Die Entstehung solcher Zonen ist meist auf die baulichen Voraussetzungen, saisonale Gegebenheiten und die Lage (Zentrumsfunktion, Erreichbarkeit, Angebot etc.) zurückzuführen. Werden diese Voraussetzungen verändert, so findet zuerst eine Beruhigung, anschliessend eine Verlagerung statt. Die Zonen können hauptsächlich durch Kategorisierung der Teilprobleme (z.B. Alkohol, Drogenkonsum, Sachbeschädigungen, Nachtruhestörungen, Strassenverkehrsdelikte etc.), durch Klientengruppen (z. B. Alter, Nationalität, Wohnort) oder durch saisonale Bedingungen unterschieden werden.

Die durch Teilprobleme entstandenen Zonen sind meist „Produkte“ unserer Gesellschaft. Für deren Lösung ist eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen nötig. Auf Ebene der Stadt arbeiten das Amt für Sicherheit, die Kantonspolizei, die Stadtpolizei, das Jugendsekretariat und eine private Sicherheitsfirma unter Einhaltung des Datenschutzes eng zusammen. Es wurde erkannt, dass der gegenseitige Informationsfluss unabdingbar ist, um über die Szene umfassend Bescheid zu wissen, und um Massnahmen treffen zu können. Die Polizei pflegt auch engen Kontakt zu den Schulen. Für deren Betreuung ist eine Beamtin der Kantonspolizei zuständig, welche von der Stadtpolizei unterstützt wird.

Die genannten Stellen haben im Mai 2006 die belebten Zonen in Gossau erfasst und aufgelistet. Lösungen für die Probleme werden in Zusammenarbeit und in Absprache mit allen beteiligten Stellen angegangen und bearbeitet.

Die mobile Jugendarbeit ist in die Abläufe integriert und arbeitet präventiv auf offenen Plätzen, vor den Einkaufszentren, im Freibad und unternimmt auch nächtliche Rundgänge in und um die Stadt Gossau. Dort wird mit den meist friedlichen Jugendlichen Kontakt aufgenommen, wird das Gespräch gesucht und auf bestehende Regelungen hingewiesen. Die Jugendlichen begegnen der mobilen Jugendarbeit anständig und respektvoll. Das Jugendsekretariat nimmt vor allem eine präventive und soziokulturelle Rolle ein.

**Frage 2**

Welche anderen Problemzonen in Gossau sind dem Stadtrat bekannt und welche Probleme treten auf?

**Antwort des Stadtrates**

Die Stadtpolizei hat die belebten Zonen aufgelistet und aktualisiert sie ständig. Aktuell sind in diesem Sommer – nebst dem Bahnhofareal - der Andreaspark, der Buechenwald, die Schulareale Büel und Gallus, das Gebiet Haldenbühl, der Hirschberg Pavillon, das Gebiet um den Kindergarten Hofegg, die Ecke Friedbergstrasse/Hinterweg sowie die „Tisch und Bänk“ im Lindenberg betroffen. Hier stören - in unterschiedlichen Ausprägungen und Häufigkeiten – Lärm, Abfälle, Konsum von Alkohol und von leichten Drogen sowie Sachbeschädigungen. Hinzu kommen die Eingangsbereiche von Grossverteilern, wo Ladendiebstähle im Vordergrund stehen. Sehr unbefriedigend und gefährlich ist das Verhalten von Autorasern, welche zeitweise die Strassen im Zentrum als Rennbahn missbrauchen.

**Frage 3**

Welche Massnahmen traf der Stadtrat bisher mit welchem Erfolg und mit welchen Personen, Personengruppen oder Institutionen arbeitete er zur Lösung dieser Probleme zusammen?

**Antwort des Stadtrates**

Das BBC-Lokal am Bahnhofplatz hat sich zu einem angesehenen Betrieb in der Ostschweiz entwickelt und zieht auch viele auswärtige Besucher an. Während der Woche verkehren dort auch viele Rekruten vom Waffenplatz Herisau-Gossau. Es beschäftigt eigenes Sicherheitspersonal. Dieses sorgt mit zwei Personen für die Sicherheit im Lokal und auf dem eigenen Parkplatz.

Im Gebäudekomplex der alten Butterzentrale ist ein Ausländerverein eingemietet, welcher dort ein Vereinslokal und eine Disco für Jugendliche betreibt. Zahlreiche weitere Räume sind vermietet, z.B. für Musikproberäume oder für Werkstätten.

Die Stadtpolizei hat auf dem Bahnhofgebiet vermehrt Präsenz gezeigt. Dank der guten Zusammenarbeit mit der Territorialen Militärpolizei Oberuzwil war es überhaupt möglich, Nachtdienste auszuüben. Mit der Aufstockung der Stadtpolizei um eine 50 % - Stelle ab 1. Juli 2006 sollte die Möglichkeit geschaffen sein, vermehrt Nachtdienste leisten zu können. Wegen der Reorganisation der Armee im Bereich der militärischen Sicherheit wird die Militärpolizei künftig nur noch selten Nachtdienst leisten können.

Seit zwei Jahren arbeitet die Stadt Gossau mit einer privaten Sicherheitsfirma zusammen und hat diese mit verschiedenen Bewachungen und Kontrollgängen beauftragt. So konnten immer wieder erfolgreich Ruhe und Ordnung hergestellt werden. Vor allem an Plätzen, welche immer durch die gleichen, ortsansässigen Jugendlichen besucht werden, zeigten sich spürbare Resultate. Die Arbeit eines privaten Sicherheitsangestellten stösst aber schnell an Grenzen, weil polizeiliche Befugnisse fehlen.

Seit Sommer 2006 ist mit dieser Sicherheitsfirma vereinbart, dass an den Wochenenden Überwachungen neu zu zweit und in Uniform durchgeführt werden. Uniformierte Sicherheitsleute vermitteln der Bevölkerung die nötige Sicherheit. Eine uniformierte Präsenz bewirkt zudem eine Verunsicherung bei den „Klienten“.

Seit die private Sicherheitsfirma vom Amt für Sicherheit beauftragt wurde, Kontrollgänge durchzuführen, konnte an manchen Orten eine Beruhigung der Lage bzw. eine Verminderung der Reklamationen von Anwohnern festgestellt werden. Dieser Rückgang steht teils in direktem Zusammenhang mit der Präsenzwirkung und ist stark von dieser abhängig. Werden keine Kontrollgänge mehr getätigt, reagiert die Szene schnell darauf und es beginnt wieder von vorne.

**Frage 4**

Wenn die Problemzonen langfristig entschärft werden sollen, welche Massnahmen müssen dann ergriffen werden?

**Antwort des Stadtrates**

Kurzfristig lässt sich die Situation verbessern mit der verstärkten Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten. Hier sind indessen die Ressourcen beschränkt. Die getroffenen Massnahmen und insbesondere die gute Zusammenarbeit unter allen beteiligten Stellen sind weiter zu führen. Die Stadtpolizei war bis Ende Juni 2006 mit 1 Stelle ausgestattet und verfügt seit Neuem über 1.5 Stellen. Diese höhere Dotation ermöglicht einen verstärkten Einsatz der Stadtpolizei. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass mit dieser Dotation die Stadtpolizei zahlreiche weitere gemeindepolizeiliche Aufgaben abzudecken hat. Ein Beizug der Kantonspolizei ist nur in sehr beschränktem Mass möglich. Der Regionale Nachtdienst der Kantonspolizei ist für die ganze Region Fürstenland zuständig. In erster Linie gehen diese Patrouillen den eingehenden Einsätzen nach oder halten sich für solche bereit.

Soll in Gossau über das Wochenende das Stadtgebiet durch eine Stadtpolizeipatrouille abgedeckt werden, wäre eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei notwendig, mit entsprechender Kostenfolge für die Stadt. Eine solche Massnahme wäre mittelfristig denkbar. Bis dahin wäre eine höhere Patrouillentätigkeit durch private Sicherheitsfirmen abzudecken.

Soll mittel- und langfristige Wirkung erzielt werden, sind qualifizierte Lösungsansätze nötig. Der Stadtrat hat am 1. Juni 2006 dem Stadtparlament den Antrag für die Einführung der Schulsozialarbeit gestellt. Schulsozialarbeit wirkt nicht nur intervenierend, sondern in hohem Masse integrierend und präventiv. Mit diesem Projekt verspricht sich der Stadtrat unter anderem die frühzeitige Erfassung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten und damit allenfalls Vermeidung von kostspieligen Massnahmen.

Der Stadtrat hat in seiner Mehrjahresplanung zum Ausdruck gebracht, bis Ende 2006 die Arbeiten für ein Integrationskonzept in Angriff zu nehmen. Integrationsförderung ist Präventionsarbeit.

Schliesslich kann sich der Stadtrat vorstellen, die sozialraumorientierte Arbeit zu verstärken. Um die Herausforderungen des Zusammenlebens in der heutigen Gesellschaft anzugehen, sind alle gefordert. Es gilt, über Generationen, Kulturen und Fachdisziplinen hinweg neue Lösungsansätze zu entwickeln.

**Stadtrat****Beilage**

Interpellation